

## PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

**Josef Schlarmann (CDU), Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU**, gab heute, 07.02.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum **Thema „Startschuss für die Tarifrunden“**. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Rudolf Geissler.

Chefredaktion Hörfunk  
Zentrale Information  
**SWR Tagesgespräch**  
**Postadresse** 76522 Baden-Baden  
**Hausadresse** Hans-Bredow-Straße  
76530 Baden-Baden

**Telefon** 07221/929-23981  
**Telefax** 07221/929-22050

**Internet** [www.swr2.de](http://www.swr2.de)

Mit freundlichen Grüßen  
Zentrale Information

**Datum:** 07.02.2012

### **Unions-Mittelständler Schlarmann attackiert CDU-Arbeitnehmerchef Laumann als „zu einseitig“**

Baden-Baden: Der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, wendet sich vor den anstehenden Tarifrunden scharf gegen die Spitze der Arbeitnehmerschaft in seiner Partei. Im Südwestrundfunk (SWR) warf Schlarmann dem nordrhein-westfälischen CDU-Fraktionschef Hans-Josef Laumann vor, sich „zu einseitig“ für gewerkschaftliche Lohnforderungen stark zu machen. Laumann, der auch Vorsitzender der CDU-Arbeitnehmer ist, hatte vor zwei Tagen in einem Interview des „Tagesspiegel am Sonntag“ gesagt, Verteilungsspielräume gebe es nicht nur in der Metall- und Elektroindustrie, sondern auch im Öffentlichen Dienst. Dazu sagte Schlarmann, er „empfehle Laumann den Blick in den Haushalt von Nordrhein-Westfalen“. Dort gebe es für kräftige Lohnerhöhungen „überhaupt keine Rücklagen“, so dass dafür im Zweifel Kredite aufgenommen werden müssten. In der Metall- und Elektrobranche könnten am Ende der Tarifrunde allenfalls ein Inflationsausgleich und der Produktionsfortschritt berücksichtigt werden. Eine „Umverteilungskomponente“ sei dagegen „wie auch in den früheren Tarifrunden, nicht drin“.

#### **Wortlaut des Live-Gesprächs:**

**Geissler: In Frankfurt fällt heute der Startschuss für die wohl wichtigste Tarifrunde dieses Jahres. Der Vorstand der IG Metall wird aller Voraussicht nach empfehlen, 6,5 Prozent mehr Lohn zu fordern in den anstehenden Verhandlungen. Zum Ritual gehört, dass die Arbeitgeber die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und ausrufen: so viel auf keinen Fall! Und Sie selbst haben sich diesem Ritual ja schon angeschlossen. Wie viel mehr halten Sie denn für vertretbar?**

Schlarmann: Das wird das Verhandlungsergebnis zeigen. Natürlich ist auch bei der Ausgangsforderung der IG Metall ein Ritual zu sehen, und die Arbeitgeber reagieren ähnlich. Und man wird sich dann versuchen, in Verhandlungen dem endgültigen Ziel zu nähern, wobei mein warnender Hinweis die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie betrifft. Wir wissen, dass die Branchen, die die IG Metall vertritt, 60 Prozent unserer Exporte ausmachen. Und diese Exporte gehen nicht in erster Linie in den europäischen Raum, sondern sie betreffen vor allem die Schwellenländer China und Argentinien und Brasilien. Und dort gelten ganz andere Löhne.

**Geissler: Eine Prozentzahl haben Sie jetzt nicht genannt, obwohl Sie ja nun einige Mitglieder in Ihren Reihen haben, die der Metall- und Elektrobranche angehören. Inwieweit sind Sie da über die Spielräume im Bilde?**

Schlarmann: Ich bin jetzt konkret nicht über die Verhandlungsergebnisse oder Gespräche informiert. Aber man kann es relativ leicht errechnen. Man muss fragen, woran man sich orientiert. Es muss einen Inflationsausgleich geben, der Produktionsfortschritt muss berücksichtigt werden. Aber eine Umverteilungskomponente ist, wie auch in den früheren Tarifrunden, nicht drin.

**Geissler: SPD-Generalsekretärin Nahles sagt, die Lohnforderung der Gewerkschaften ist schon deshalb berechtigt, weil die Arbeitnehmer heute weniger Kaufkraft haben als vor einem Jahr. Hat sie da unrecht?**

Schlarmann: Nein, da hat sie nicht unrecht. Und das muss auch durch den Inflationsausgleich ausgeglichen werden. Aber ich will noch einmal auf die Situation der Arbeitgeber hinweisen. Dort sind ja nicht nur die Lohnkosten ein wesentlicher Kostenfaktor, sondern zukünftig werden es die Energiekosten sein, die massiv steigen werden für diese Branche. Und Lohnkostensteigerungen und Energiekostensteigerung werden die Wettbewerbsfähigkeit gerade dieser Branche im Export deutlich treffen.

**Geissler: Ihr Parteifreund Laumann, der nordrhein-westfälischen CDU-Fraktionschef, argumentiert in der Frage Lohnerhöhung genauso wie Frau Nahles mit der geringeren Kaufkraft. Der müsste doch eigentlich das große Ganze ähnlich sehen wie Sie, oder?**

Schlarmann: Das müsste er. Aber er steht natürlich dem gewerkschaftlichen Lager, das es auch in der Union gibt, sehr nahe. Und er hat diese Forderung übernommen und vertritt einseitig, in meinen Augen zu einseitig, die Interessen der Arbeitnehmer, nicht der Gesamtwirtschaft. Die Arbeitnehmer sind ein wichtiger Teil der Wirtschaft, aber ich muss das Gesamtinteresse im Auge behalten.

**Geissler: Herr Laumann sagt sogar, selbst im öffentlichen Dienst gebe es Verteilungsspielräume. Wenn man so will, eine Steilvorlage für die Tarifforderung der Dienstleistungsgewerkschaft, die sich übermorgen äußern wird. Sie hingegen sagen praktisch das Gegenteil. Worauf führen Sie diesen massiven Dissens zurück?**

Schlarmann: Ja, ich empfehle Herrn Laumann dort mal den Blick in den Haushalt von Nordrhein-Westfalen. Dort wird er feststellen, dass Lohnsteigerungen über Kredite finanziert werden müssen. Und dass es für das, was dort möglicherweise gefordert wird, überhaupt keine Rücklagen gibt.

**Geissler: Nach meinem Eindruck ist allerdings Herr Laumann für den Mainstream in der CDU durchaus repräsentativer als Sie. Täusche ich mich da?**

Schlarmann: Das ist richtig. Der Mainstream, das würde ich meinen, läuft Herrn Laumann entgegen, obgleich: der Mainstream heißt aber nicht, dass das auch die sachlich richtige Entscheidung ist.

**Geissler: Aber Frau Merkel steht hinter ihm. Inwieweit setzen Sie noch darauf, dass sie diesen Kurs vielleicht ändert?**

Schlarmann: Ich glaube nicht in der Lohnfrage, weil sich die Regierung ja aus Tarifverhandlungen heraushalten muss.

**Geissler: Aber Sie haben Frau Merkel selbst kritisiert, weil sie sich für den Mindestlohn stark macht. Denn Mitte Januar haben Sie gesagt, die denkt jetzt über den Mindestlohn nach, obwohl wir ganz andere Probleme haben. Ist das nicht mehr so verhängnisvoll aus Ihrer Sicht?**

Schlarmann: Das ist für mich eine ordnungspolitische und keine Tarifrage. Der Mindestlohn setzt den Staat an die Stelle der Tarifpartner, und zwar bei der Lohnfestsetzung. Und dort hat der Staat nichts zu suchen. Das ist Sache der Tarifpartner.

**Geissler: Aber das ist in der Lagerdiskussion der CDU ja noch viel entscheidender als die Frage der Lohnfrage.**

Schlarmann: Das ist in der Tat richtig.

**Geissler: Und Frau Merkel steht in Umfragen von Woche zu Woche immer besser da, parteiübergreifend. Warum sollte ihr Kurs dann schlecht sein für die CDU?**

Schlarmann: Also, wenn Sie die richtigen Entscheidungen an Meinungsumfragen messen, dann kann ich Ihnen nicht zustimmen. Meinungsumfragen haben häufig ein Ergebnis, das der Sache, der richtigen Sachentscheidung, zentral zuwiderläuft. Und wir müssen gerade im Bereich der Mindestlöhne sehen, dass wir dort eine saubere ordnungspolitische Front halten. Und dazu gehört, dass alle Lohnfragen Sache der Tarifparteien sind, und dass der Staat sich dort heraushalten soll.

**Geissler: Wie sollte dann Frau Merkel jetzt damit umgehen?**

Schlarmann: Ja, es gibt ja eine Verhandlungskommission, die zur Zeit mit dem Arbeitsministerium über den Weg, wie wir in der Mindestlohnfrage verfahren sollen, verhandelt. Und wir haben ja eine Linie auf dem letzten Parteitag festgelegt...

**Geissler: Auf dem Parteitag. Aber die Kommission ist jetzt schon so weit, eine einheitliche Lohnuntergrenze anzustreben.**

Schlarmann: Das ist eine neue Information, die ich so nicht bestätigen kann. Ich glaube nicht, dass es eine einheitliche Lohnuntergrenze geben wird, ohne die Differenzierung nach Branchen und Regionen.

**Geissler: Allenfalls differenziert zwischen Ost und West und Jung und Alt. Das ist aus dieser CDU-Kommission zu hören.**

Schlarmann: Das ist die Forderung der Arbeitnehmervereiner, auch von Herrn Laumann. Aber der Wirtschaftsflügel vertritt dort eine andere Meinung. Und dazu gehört, dass wir Lohnuntergrenzen haben wollen, differenziert nach Regionen und nach Branchen.

**Geissler: Dann wollen wir sehen, wie der Mainstream entscheidet.**

Schlarmann: So ist es.

- Ende Wortlaut -